

Antrag an den Kreisvorstand der LINKEN. Köln, 26.09.2017

Liebe Genoss*innen,

entsprechend dem Beschluss des AK Umwelt und im Bezug auf meine Gespräche in kleiner Runde am 18.09 im Allerweltshaus mit Vertretern von Attac, Tschö RheinEnergie, Allerweltshaus und einer Friedensinitiative, beantrage ich folgendes:

DIE LINKE. Köln ruft zur aktiven Teilnahme an Mahnwachen mit dem Ziel der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 04.04.2017, zur Ablösung der Kohleverbrennung in Merkenich auf.

Die Gesamtkosten für Flyer, sowie ggf. ein einmaliges Facebooksponsoring im Zuge der Mahnwache/n, werden erstmal auf bis zu 140€ eingeschätzt und vorerst durch Attac und DIE LINKE getragen.

Darüber hinaus werden keine Kosten erwartet. Sollten die Aktionen häufiger stattfinden, könnten langfristig weitere Druckkosten für die Flyer anfallen.

Wir beteiligen uns an diesen Kosten mit einem Betrag bis zu 70€ und unterstützen alle der Mahnwache verbundenen Aktivitäten.

Die erste Mahnwache soll stattfinden:

Am Samstag, 21.10.2017, von 11:30 bis 13:00 Uhr vor dem RheinEnergie Kubdenzentrum in Deutz

Der Kreisvorstand beauftragt Gernot Schubert / den AK Umwelt, die Mahnwache für DIE LINKE. Köln verantwortlich vorzubereiten und durchzuführen.

Der Text des Flutblatter, der Pressemitteilung etc. sind vor Veröffentlichung entsprechend der Geschäftsordnung des Kreisvorstandes mit den Kreissprecher*innen abgestimmt.

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln ist über die Aktion frühzeitig zu informieren.

Begründung:

In ihrem Antrag an den Kölner Rat zur Sitzung am 04.04.17 beantragte die Kölner LINKE, gemäß ihrem Parteibeschluss einen Stopp der Braunkohlverbrennung bis zum 31.12.17.

Entsprechend dem Mehrheitsverhältnissen im Kölner Rat stimmte sie dann einem Änderungsantrag der „Mehrheitsparteien“ zu, der einen Ausstieg aus der Braunkohleverbrennung vorsieht, jedoch nicht terminiert.

Da wir per Beschluss ein Ende der Braunkohleverbrennung bis zum 31.12.2017 anstreben, muss die zügige Umsetzung des gültigen Ratsbeschlusses vom 04.04.2017 zum Ausstieg aus der Braunkohle in Merkenich, ein vorrangiges Ziel der kommunalen Umweltpolitik der Kölner LINKEN sein.

Hierzu ist der Aufbau und die Aufrechterhaltung „außerparlamentarischen Drucks“ auf die Beteiligten förderlich und darüber hinaus legitim.

Darüber hinaus geht von dererlei Protesten zumeist eine positive, mobilisierende Wirkung auf alle Beteiligten aus.

Zur Durchführung: (alle Angaben sind selbstverständlich vorbehaltlich der Fassung der Beschlüsse)

Die Mahnwache könnte durch ein Mitglied der LINKEN (als verantwortliche Person) angemeldet werden. Diese Anmeldung muss aber im Namen einer Initiative geschehen, die keiner Partei angehört.

Online- Bewerbung durch Verbündete und die LINKE (Mit der Möglichkeit für ein kleines FB-Sponsoring)

Bei Fragen:

Ihr könnt mich im Zuge der KV-Sitzung gerne anrufen. Hierfür könnten vorher einen Termin vereinbaren. Beate hat denselben Mobilfunkanbieter wie ich, da kostet es auch nichts.

Gernot Schubert

Anlage: Ratsbeschluss